

## Niederschrift

über die 29. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 19.02.2019  
(10. Wahlperiode)

## Tagesordnung

	Seite
<b>Öffentliche Sitzung</b> .....	4
<b>1 Einwohnerfragestunde</b> .....	4
<b>2 Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW vom 26. November 2018 zum Antrag zur Bebauungsplanänderung des Bebauungsplans 120A (Ilverich) von Dorfgebiet zu Allgemeines Wohngebiet. Vorlage: FB4/0894/2019</b> .....	4
<b>3 Sachstand zur zukünftigen externen Bewirtschaftung der Halle 9 Vorlage: DezII/0293/2019</b> .....	4
<b>4 Startverfahren am Flughafen Düsseldorf - Rechtsmöglichkeiten der Stadt Vorlage: BM/0292/2019</b> .....	5
<b>5 Berücksichtigung lokaler Anbieter bei der freihändigen Vergabe Vorlage: SFI/0290/2019</b> .....	7
<b>6 Anträge</b> .....	7
<b>7 Anfragen</b> .....	7
<b>8 Bericht der Verwaltung</b> .....	7
<b>9 Termin der nächsten Sitzung: 19. März 2019 (gemeinsame Sitzung mit APL), nächste reguläre Sitzung: 09. April 2019</b> .....	7
<b>10 Verschiedenes</b> .....	8

Sitzungsort: Neusser Feldweg 4, 40670 Meerbusch, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 18:15 Uhr

Ende der Sitzung: 20:35 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzende**

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

**von der CDU-Fraktion**

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Herr Thomas Jung Ratsmitglied

Herr Franz-Josef Jürgens Ratsmitglied

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

Frau Renate Kox Ratsmitglied

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Thomas Jung  
ab 19:30 Uhr

abwesend ab 19:30 Uhr

Vertretung für Frau Gabriele Pricken

**von der SPD-Fraktion**

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied

Frau Nicole Niederdellmann-Siemes Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Georg Neuhausen

**von der FDP-Fraktion**

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

Herr Klaus Rettig Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

Frau Dr. Karen Schomberg Ratsmitglied

**von der UWG-Fraktion**

Herr Heinrich Peter Weyen Ratsmitglied

**von der Fraktion DIE LINKE und Piraten**

Herr Marc Becker Ratsmitglied

**von der Verwaltung**

Herr Patrick Wirtz Referent der Bürgermeisterin

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Michael Assenmacher Techn. Beigeordneter

Herr Helmut Fiebig Stadtkämmerer

Herr Michael Gorgs Pressereferat

Herr Heinrich Westerlage Bereichsleiter Service Recht

es fehlen:

**von der CDU-Fraktion**

Frau Gabriele Pricken

Ratsmitglied

**von der SPD-Fraktion**

Herr Georg Neuhausen

Ratsmitglied

## Öffentliche Sitzung

### 1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

### 2 **Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW vom 26. November 2018 zum Antrag zur Bebauungsplanänderung des Bebauungsplans 120A (Ilverich) von Dorfgebiet zu Allgemeines Wohngebiet.**

**Vorlage: FB4/0894/2019**

#### **Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss verweist den Antrag gemäß § 24 GO NRW vom 26. November 2018 zur Änderung des Bebauungsplans Nr. 120 A Meerbusch Ilverich, Dohlenweg / Dompfaffweg der Stadt Meerbusch, Kreis Neuss, von einem Dorfgebiet zu einem Allgemeinen Wohngebiet an den zuständigen Ausschuss für Planung und Liegenschaften.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Der Petent nimmt kurz Stellung hinsichtlich seiner Anregung.

### 3 **Sachstand zur zukünftigen externen Bewirtschaftung der Halle 9**

**Vorlage: DezII/0293/2019**

Erster Beigeordneter Maatz berichtet über das Ergebnis des durchgeführten Interessensbekundungsverfahrens. Von den insgesamt 11 Bewerbern habe nur Herr Nink eine Bewerbung mit einem Konzept abgegeben und zwischenzeitlich einen Mietvertrag mit der Immobilienverwaltung abgeschlossen.

Herr Nink erklärt zunächst seine Verbundenheit zu Osterath, dem Vereins- und Gemeindeleben und stellt sein beabsichtigtes Veranstaltungskonzept vor. Auf Nachfrage erklärt er, dass die Miete für die Halle 1.500,- € betragen solle, das Bistro allein sei zu günstigeren Konditionen mietbar, die er derzeit nicht beziffert könnten. Getränke müssten bei Veranstaltungen verpflichtend abgenommen werden.

Ratsherr Peters bemängelt, dass die Politik nicht früher in den Entscheidungsprozess eingebunden worden sei. Beigeordneter Maatz erklärt, dass Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten aufgrund der Eigentums- und Vertragssituation nicht bestanden hätten.

Für die UWG-Fraktion bedauert Ratsherr Weyen, dass aufgrund der aufgerufenen Konditionen eine Vereinsnutzung voraussichtlich nicht mehr möglich sei.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage weist daraufhin, dass verwaltungsseitig im Februar 2018 vorgeschlagen worden sei, dass der Ausschuss die Verwaltung beauftragt, mit dem OBV Verhandlungen mit dem Ziel der Anpassung des Vertrages mit Öffnung auch einer Nutzung gegen Nutzungsentgelte

zu führen und damit den städt. Zuschuss zu reduzieren; gleichzeitig sollten Haushaltsmittel, die nicht Aufgaben der Jugendarbeit zugerechnet würden, im techn. Gebäudemanagement abgebildet werden. Die langen Diskussionen auch um die Verwendungsnachweise hätten letztlich zu einer Aufgabe des Betriebes durch den OBV geführt.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes reflektiert ebenfalls die Ursachen für die jetzt vorliegende unbefriedigende Situation.

Ratsherr Damblon stellt fest, dass die ursprüngliche Annahme der Politik, keinen Betreiber zu finden, der die Halle ohne städtische Zuschüsse bewirtschaften wolle, nicht eingetreten sei. Daher bestünde nunmehr auch keine Möglichkeit der Einflussnahme mehr. Die Bezuschussung einer rein privatwirtschaftlich betriebenen Einrichtung sehe die CDU auch im Hinblick auf die Vereine in anderen Ortsteilen sehr kritisch.

Er stellt den Antrag die Verwaltung zu beauftragen, Verhandlungen mit dem künftigen Betreiber für vergünstigte Termine für die Vereine zu führen.

Auch die übrigen Wortbeiträge richten sich gegen eine direkte Bezuschussung eines privatrechtlichen Betriebes. Aufgrund der Höhe des aufgerufenen Mietzinses würden einerseits Benachteiligungen anderer Vereine entstehen, andererseits sei das derzeitige System der Verteilung der Zuschüsse an die Vereine bei Verteilung nicht mehr haltbar.

#### **Antrag der CDU-Fraktion:**

Die Verwaltung wird beauftragt, hinsichtlich vergünstigter Termine für die Vereine in der Halle Verhandlungen mit dem künftigen Betreiber zu führen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
CDU	8		
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen			2
UWG	1		
Die Linke/Piraten		1	
Bürgermeisterin	1		
<b>Gesamt</b>	<b>13</b>	<b>3</b>	<b>2</b>

#### **4 Startverfahren am Flughafen Düsseldorf - Rechtsmöglichkeiten der Stadt Vorlage: BM/0292/2019**

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage weist zunächst auf den Antrag der UWG-Fraktion vom 15.02.2019 hin. Des Weiteren führt sie aus, im Kontext einer Bürgeranregung von Bürgerinnen und Bürgern aus Lank-Ost, mit der sich der Bau- und Umweltausschuss mehrfach beschäftigt habe, habe der Rat am 4. Juli 2018 beschlossen, durch die Verwaltung eine rechtliche Prüfung zu beauftragen, ob Rechtsschutzmöglichkeiten für die Stadt bestünden, auf das am Flughafen Düsseldorf von einigen Fluggesellschaften praktizierte Startverfahren Einfluss zu nehmen. Hintergrund sei die Umstellung des Abflugverfahrens einiger Fluggesellschaften, unter anderem von Lufthansa und Eurowings, die die Cut-Back-Höhe mit Einfahren der Klappen auf 1.000 ft (340 m) reduziert hätten, bis zum Sommer 2014 seien es 1.500 ft (510 m) gewesen.

Im Nov. 2017 habe sie erneut in der FLK beantragt, eine Eintragung in das Luftfahrthandbuch mit empfehlendem Charakter vorzunehmen, beim Start das Verfahren NADP 1 anzuwenden, wobei die

Maschinen bis zur Höhe von 3.000 ft steigen sollen und die Cut-Back-Höhe bei 1.500 ft erfolgt. Zur Vorbereitung der Entscheidung in der FLK hätte der Flughafen eine vergleichende Auswertung des Verfahrens NADP 1 (Steigflugverfahren) auf NAPD 2 (Flachstartverfahren) erstellt. Dabei seien die unterschiedlichen Verfahren hinsichtlich ihrer Lärmwirkung bei gleichem Fluggerät, gleicher Beladung, gleichen Witterungsbedingungen und gleicher Destination ausgewertet.

Im Ergebnis habe sich für Büderich ein Unterschied von bis zu 4,4 dBA, für Lank von max. 1,2 dBA ergeben. Dabei sei zu berücksichtigen, dass der Dauerschallpegel im Ortsteil Büderich aufgrund der räumlichen Nähe zum Flughafen um mehr als 10 dBA höher liegt als in Lank. Von der Gesamtzahl der Abflüge entfallen rd. 72% auf Büderich, 26% auf Lank. Lärmunterschiede würden auch aufgrund der Auswertung der Überflughöhen, die die Verwaltung selbst über 15 Wochen ausgewertet habe, deutlich. Am Ortseingang von Büderich seien je nach Woche zw. 67 – 83% der Starts unterhalb von 3.000 ft, in Lank 0 – 10% registriert worden.

Aufgrund der Ergebnisse der Auswertung des Flughafens sei die Fluglärmkommission dem Antrag der Stadt Meerbusch am 26.11.2018 gefolgt, über die Umsetzung solle durch die DFS in der Sitzung der FLK im März informiert werden. Entsprechend dem Ratsbeschluss von Juli habe die Verwaltung Herrn RA Sommer, Berlin mit der jur. Prüfung beauftragt. Herr Sommer sei ein bundesweit anerkannter Fachanwalt insbesondere im Bereich des Luftverkehrsrechtes und habe in verschiedenen Verfahren die „Bürger gegen Fluglärm“, „Bundesvereinigung gegen Fluglärm“, den „BUND“, „NABU“ aber auch die Stadt Meerbusch und die Stadt Ratingen vertreten. Das Gutachten von Oktober, welches die Bürgermeisterin erst am Sitzungstag des HFWA erreicht habe, sei auf hiesige Bitte hin von Herrn Sommer argumentativ nochmals unterfüttert worden. Dass dies zu einem anderen Prüfergebnis führe, sei seinerzeit bereits ausgeschlossen worden. Die Erfolgsaussichten von Rechtsmitteln seien von Herrn RA Sommer unter dem Aspekt der Zulässigkeit und der Begründetheit geprüft worden. Danach seien Erfolgsaussichten für die Stadt Meerbusch in einem Klageverfahren nicht gegeben.

Ratsherr Weyen führt zum Antrag der UWG-Fraktion aus, wobei er zu einigen im Antrag vom 15.02.2019 genannten Punkten Stellung nimmt. Im Anschluss daran äußern Ratsherr Damblon sowie Ratsfrau Niederdellmann-Siemes und Ratsherr Peters ihr Unverständnis für den Antrag. Das Anliegen sei juristisch von einem Fachanwalt geprüft worden, das Ergebnis müsse man nun hinnehmen. Es könne, so Ratsfrau Niederdellmann-Siemes, auch nicht angehen, dass ein Fachanwalt aufgefordert würde, sein Rechtsgutachten im Sinne einer Fraktion zu überarbeiten.

Sodann lässt Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage über den Antrag abstimmen

#### **Abstimmungsergebnis:**

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
CDU		8	
SPD		3	
FDP			2
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG	1		
Die Linke/Piraten		1	
Bürgermeisterin		1	
<b>Gesamt</b>	<b>1</b>	<b>15</b>	<b>2</b>

## **5 Berücksichtigung lokaler Anbieter bei der freihändigen Vergabe** **Vorlage: SFI/0290/2019**

Kämmerer Fiebig führt hinsichtlich der vergaberechtlichen Vorschriften der Informationsvorlage aus.

Ratsherr L. Jürgens erläutert, dass Zielsetzung des Antrages die Berücksichtigung lokaler Unternehmer bei größeren Auftragsvergaben sei. Als Beispiel führt er die Ausschreibung zur Vergabe der Pflegearbeiten im Grünflächenbereich an, an der sich örtliche Unternehmen mangels ausreichender Personalkapazität nicht beteiligen könnten.

Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage sagt zu, die Möglichkeit zur Berücksichtigung örtlicher Unternehmen durch eine losweise Vergabe nochmals innerhalb der Verwaltung zu thematisieren.

## **6 Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

## **7 Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

## **8 Bericht der Verwaltung**

Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet über die Auftaktveranstaltung zum **Bürgerhaus Osterath** und die rege Beteiligung der Osterather Vereine. Das weitere Verfahren würde durch die startklar a+b GmbH gemeinsam mit den Vereinen durchgeführt. Verwaltungsseitig würde derzeit geprüft, für Teile des Ortsteiles Osterath ein Sanierungsgebiet auszuweisen und ein Handlungskonzept zur Beseitigung von Missständen zu erstellen, die mit Inanspruchnahme von Städtebauförderungsmitteln anteilig refinanziert würden. In diesem Kontext sei möglicherweise auf das laufende Verfahren der Projekterstellung für ein Bürgerhaus durch die Osterather Vereine mit einem Anteil von 50% förderfähig.

Ratsherr Peters sieht in Zusammenhang mit der Errichtung eines Bürgerhauses ein zentrales Verwaltungsgebäude.

Ratsherr Rettig weist darauf hin, dass das Immobilienkonzept noch nicht abgeschlossen sei und dabei gute Lösungen für die dezentralen Standorte der Verwaltung erzielt worden seien.

## **9 Termin der nächsten Sitzung: 19. März 2019 (gemeinsame Sitzung mit APL), nächste reguläre Sitzung: 09. April 2019**

## 10 Verschiedenes

Ratsherr Becker fragt an, in welchem Umfang neue **Sirenenmasten** aufgestellt worden seien und inwiefern diese für anderweitige Zwecke im Rahmen des Mobilfunks genutzt werden könnten. Die entsprechenden Informationen sind der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Weiterhin erkundigt er sich, wann der **Arbeitskreis IT** eingeladen werde, in dem dann auch das Thema Digitalisierung der Verwaltung besprochen werden soll. Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage weist darauf hin, dass Themenvorschläge an Jürgen Wirtz geschickt werden können, eine Einberufung des Arbeitskreises erfolgt zeitnah.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes fragt an, in welchem Umfang **Fördermittel** für investive Maßnahmen durch die Stadt abgerufen würden. Die Antwort hierzu ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Ratsherr Peters fragt an, inwiefern eine **Parkscheibenregelung für den Parkplatz des Meerbades** eingeführt werden könne. Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage weist darauf hin, dass hierzu ein entsprechender Antrag im Fachausschuss zu stellen sei.

Ratsherr Weyen weist daraufhin, dass zahlreiche Mitarbeiter/innen der Verwaltung in den nächsten Jahren ausscheiden würden. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt aus, das Thema Personalfluktuations sei in der letzten Sitzung des Ältestenrates ausführlich besprochen worden.

Meerbusch, den 21. Februar 2019

---

Angelika Mielke-Westerlage  
Bürgermeisterin

---

Patrick Wirtz  
Schriftführer